

Sachsens Ministerpräsident **Georg Milbradt** in Düsseldorf

## „Unterschiede zulassen“ – Vision eines Realisten aus Westfalen

**Düsseldorf** – Kämmerer und Wirtschaftsförderer in Münster, Finanzminister des Freistaates Sachsen und nun zugleich Ministerpräsident in Dresden und außerplanmäßiger Professor für Wirtschaftswissenschaften in Münster – eine Traumvita. Prof. Georg Milbradt, 57, wirkt gleichwohl bis heute so bodenständig, wie es seine westfälische Herkunft erhoffen lässt.

Silvester, verriet er dieser Zeitung, werde er gemeinsam mit alten Freuden wieder in Münster verbringen, Ende 2003 sind dann alle bei ihm in Sachsen. Ein zweitägiges Seminar seiner Münsteraner Studenten ließ er neulich in der Dresdner Staatskanzlei abhalten. Ein Top-Fachmann der Finanzwissenschaften, Diplom-Volkswirt, Promotion summa cum laude, habilitiert seit 1980, der schwierige Zusammenhänge gleichwohl in verständliche Worte zu fassen liebt. Sparen, sagt dieser Finanzwissenschaftler, bedeute für den Normalbürger, „Geld, das man hat, nicht auszugeben. Für Politiker aber heißt Sparen: Geld, das man nicht hat, nicht auszugeben.“ Realist Milbradt hat als Finanzminister unter dem politischen Feuerwerkskünstler Kurt Biedenkopf im Freistaat Sachsen diese Regel beherzigt. Sachsens Haushalt sei deshalb heute „weit entfernt von der Verfassungswidrigkeit“.

Georg Milbradt füllte diese Woche auf Einladung der Schneider & Moritz Managementberatung den „Saal Cornelius“ im Düsseldorfer Steigenberger Parkhotel. Sein Thema: „Der überforderte Staat – Erfahrungen aus dem Aufbau Ost für eine Reform des Standortes Deutschland.“

Dabei breitete Sachsens Ministerpräsident Mosaiksteine aus, die sich zu einem neuen Staatsverständnis fügen könnten. Bilder aus der „Retortensituation“ nach dem Gewinn der Einheit in Deutschlands nahem Osten, die Anspruchshaltungen reihenweise in Frage stellen.

● Beispiel Bevölkerungsschwund („eine Herausforderung – so einschneidend wie nach mittelal-

terlichen Seuchen oder nach dem Dreißigjährigen Krieg“): Ab 2007 werde die Zahl der Lehrlinge in Ostdeutschland gegenüber dem Startjahr 1990 – entsprechend der gesunkenen Geburtenrate – halbiert sein. Eine Entwicklung, die im Westen langsamer, doch ebenso unaufhaltsam eintritt. Folge im Osten: An den Grenzen zu Tschechien und Polen wird schon überlegt, zweisprachige Ausbildungswege einzuführen, um Auszubildende aus den Nachbarländern einbe-

ziehen zu können. Das Schulsystem wird überprüft, weil es wegen Schülermangels plötzlich eine n Lehrerüberhang gibt. Vorschlag der Gewerkschaften: Stundensoll kürzen für alle Lehrer. Gegenvorschlag des Ministerpräsidenten: Stundenbonus für Lehrer, die besonders viel leisten.

● Beispiel Unterrichtsqualität: Laut „Pisa“-Ländervergleich bringt Sachsens System aus Grundschule, kombinierter Haupt- und Realschule und Gymnasium in nur zwölf Schuljahren den Freistaat auf Platz drei nach Bayern und Baden-Württemberg. Georg Milbradt: „Die Antwort auf Pisa ist nicht die Ganztagschule, für die der Bund vier Milliarden Euro aus seinem Forschungs-etat abzwiegt. Die Antwort wäre eine Leistungsorientierung.“ Oder: Schülerpolitik statt Lehrerpolitik.

● Beispiel Planungsvorschriften: „Für den Ausbau des Flughafens Stuttgart waren 25 Jahre nötig, wegen der nach der Einheit veränderten Verfahren brauchten wir für Leipzig und Dresden nur

fünf Jahre.“ Übrigens: Nach über 30 Jahren wird am Flughafen Düsseldorf immer noch gebaut.

● Beispiel Tarifverträge: Weil die Übertragung westdeutscher Vorbilder auf praktische Schwierigkeiten stieß, gibt es in Ostdeutschland derzeit „viele vertragsfreie Räume“. Und, so Milbradt, „in Sachsen gibt es den maßgeschneiderten Metalltarif ‚Phönix‘ mit flexiblen Elementen – aber den hat die christliche Metallgewerkschaft abgeschlossen, was nun von der IG Metall bekämpft wird“. Dass andererseits BMW ein neues Werk in Sachsen und nicht in Tschechien errichtete (schon gar nicht bei Datteln und Waltrup im Ruhrgebiet) – das begründet Milbradt mit der Möglichkeit, einen Haustarifvertrag abzuschließen und flexible Jahresarbeitszeit einzuführen.

● Beispiel Ladenschluss: Wie Sachsens Gastronomen, so sollte es auch allen Wirten, aber auch den Einzelhändlern in Deutschland gehen: „Über Kneipenöffnungszeiten entscheiden bei uns allein die Bürgermeister.“ „Wir brauchen die Tolerierung von Unterschiedlichkeit, um Leistung zu fördern“, fordert Sachsens Ministerpräsident – ein Gegenmodell zur „Gleichheit für alle“, die wieder im Schwange ist. Und: „Nur wenn ich alte Strukturen verändere, kann ich unter neuen Herausforderungen die wichtigen Ziele bewahren.“

Peter Lamprecht



Sachsens Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt, 57, CDU